

Es gilt das gesprochene Wort

# Einbringungsrede zum Haushaltsentwurf 2014

**26. September 2013**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Erlanger Stadtrates,  
sehr geehrte Damen und Herren,

bei meiner letztjährigen Haushaltsrede gab es ein größeres Medienecho als in den Jahren zuvor. Auslöser waren meine zugegeben sehr kritischen Töne zum griechischen Staatswesen. Um es gleich vorwegzunehmen, es wird diesmal keine Aussagen und Wertungen zur Weltkonjunktur, zu Europa oder speziell Griechenland geben, sondern einen nahezu strengen Blick nach innen – in die Stadt Erlangen! In die Arbeit von Stadtrat und Stadtverwaltung.

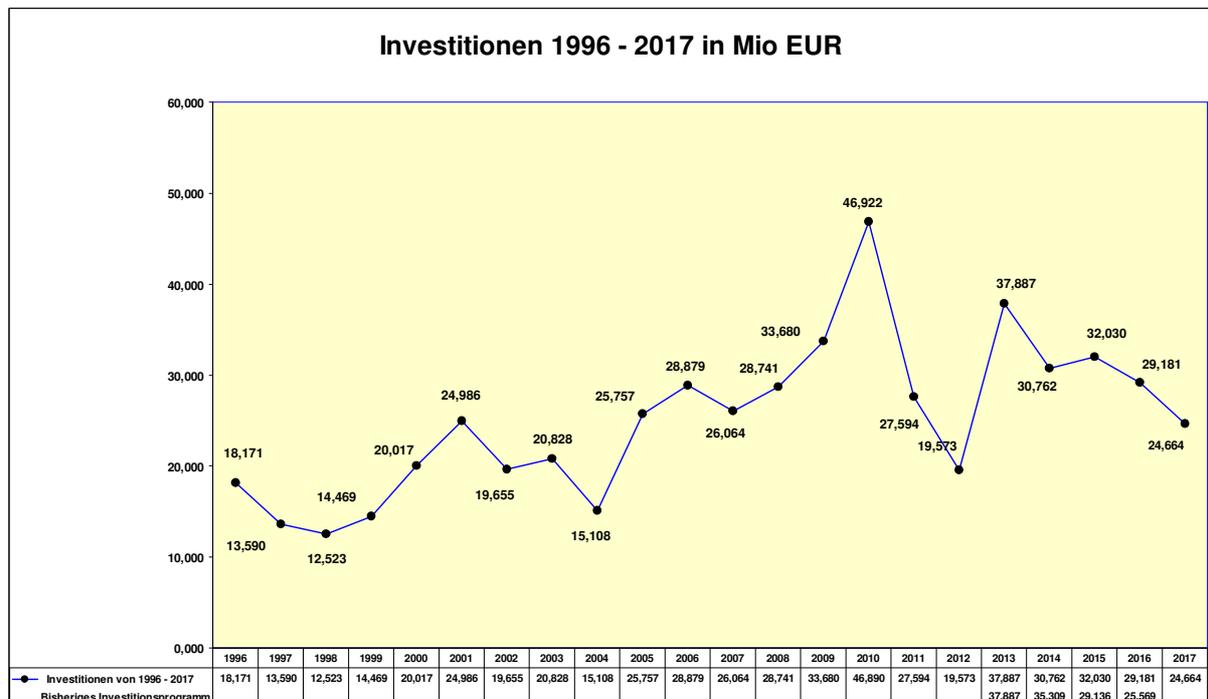
Anlass ist für mich, dass ich jetzt seit **zehn Jahren Ihr Stadtkämmerer** bin und die **aktuelle Legislaturperiode** des gewählten Stadtrates im April 2014 zu Ende gehen wird. Deswegen ziehe ich heute eine Bilanz, wo wir stehen und nutze diese, um eine Erwartung an die nächste Legislaturperiode zu richten, an die künftigen Räte und an ihre Arbeit.

Der Rückblick auf 2003 bis 2013: Welche Ziele gab es? Was wurde erreicht? Von den zehn letzten von mir als Kämmerer der Stadt aufgestellten Haushalten waren im Entwurf – ohne den heutigen gerechnet - zwei mit Entschuldung, vier mit Nettonull und wiederum vier mit Verschuldung aufgestellt. Herausfallend waren die Jahre 2009 und 2010, in diesen war die beschlossene Nettoneuverschuldung saldiert über 22 Mio. Euro. Die Ursachen waren zum einen das Konjunkturprogramm der damaligen Bundesregierung, also von außen bedingt. Der andere und größere Teil war der Einstieg in die Schul- und Röthelheimbadsanierung. Beide

Großprojekte waren bei Beschlussfassung nicht durchfinanziert. Dieser grundlegende Fehler wurde noch in der vorherigen Legislaturperiode begangen. 2003 war der Schuldenstand des Kernhaushalts rd. 121 Mio. Euro (< 1.200 Euro Pro-Kopf), heute liegt der Schuldenstand bei rd. 140 Mio. Euro (~ 1.300 Euro Pro-Kopf), also ein Anstieg um 19 Mio. Euro bzw. um rd. 15%. Und bei den Hebesätzen für Grund- und Gewerbesteuer waren je zwei Erhöhungen notwendig, sonst wäre **die Verschuldung noch mehr angestiegen**.

Meine erste Bewertung: Ich hätte mir ein besseres Ergebnis gewünscht.

Ein persönliches Ziel war von mir die **Investitionen des Kernhaushalts** zu steigern und die Bauunterhaltungsmittel zu erhöhen, um dem gehörigen Instandhaltungsstau entgegenzuwirken.



Im Soll-Ansatz ist das Ergebnis gut – leider gibt es aber eine Diskrepanz zum Ist – in der Ausführung. So wurden z. B. in 2011 bzw. 2012 32,7 Mio. Euro bzw. 31,4 Mio. Euro beschlossen, im Ist waren es in 2011 bzw. 2012 „nur“ 28,0 bzw. 19,6 Mio. Euro. Die Gründe für diese Abweichungen sind nicht einfach und nicht allgemein. Es bleibt die Frage offen, ob diese Diskrepanz mit wirkungsvollen Maßnahmen auch angegangen werden kann.

Meine Bewertung – Nr. 2: Das Ziel wurde dem Grunde nach erreicht! Drittens wurde ein Zins- und Schuldenmanagement etabliert – gemäß den zusammen mit dem Stadtrat verabredeten Grundsätzen. Viele Städte sind mit dem falschen Einsatz der Instrumente „glatt auf die Schnauze geflogen“. Bei uns haben die Mittel funktioniert. Der durchschnittliche Fremdkapitalzins beträgt heute für die städtischen Schulden des Kernhaushalts weniger als 3,6%. Ein Teil davon geht auf die allgemeine Zinsentwicklung zurück, der andere Teil auf unsere Kredit- und Zinspolitik.

Meine Bewertung: Das Ziel wurde „gut“ erreicht!

Ich komme zum vierten Punkt – **die Doppik**. Sie war kein eigenes gesetztes Ziel in diesen zehn Jahren. Wir haben sie und jetzt gilt es das Beste aus ihr zu machen. Denn man kann mit den Komponenten dieser Haushaltsrechnung eine ganze Menge anfangen. Die Diskussion „würde man heute noch mal dafür stimmen“ bringt überhaupt nichts; zumal Entwicklungen innerhalb der EU die Notwendigkeit einer Abkehr von der Kammeralistik beschleunigen dürften. Also durchstarten und lernen mit der Doppik umzugehen, alles andere ist Zeit vergeuden.

Der fünfte Punkt: Wie geht es weiter mit der **Budgetierung**? Sie hat sich in den zehn Jahren in positiver Wirkung für den städtischen Haushalt nicht weiter entwickelt – im Gegenteil! Aber die Verantwortung muss ich Ihnen im Rat zuschreiben. Wenn immer wieder die gleichen Ämter – in der Regel, die mit einer vier am Anfang – Jahr für Jahr minus produzieren und diese nicht entsprechend sanktioniert werden, braucht man sich nicht zu wundern, dass sich Ämter nicht selber mehr disziplinieren, sondern nahezu bewusst so in den Budgetvollzug gehen, dass ein Überziehen schon am Anfang im Kopf steht und sich nicht erst am Jahresende aus den Zahlen ergibt.

Bewertung: Das muss anders werden, das muss besser werden.

Sechster und letzter Punkt: Und jetzt zur Disziplin im Umgang mit dem allgemeinen Haushalt im Finanzausschuss: Ich hatte schon einmal angemahnt, dass der Finanzausschuss sich selber zu wenig plagt und hart

ringt mit den ungedeckten Wünschen aus den Fachausschüssen. Beim Geld braucht mal halt ein gehöriges Maß an Selbstdisziplin und auch ein Bewusstsein, ich kann nicht alles erfüllen, ich kann es nicht jedem recht machen und ich kann mich nicht am Bedarf ausrichten. Deshalb ist der Ansatz „das Amt braucht das“ oder „das war doch schon einstimmig im Fachausschuss, dann brauchen wir hier im HFPA nicht diskutieren, sondern beschließen gleich“ pures Gift. Klar: Das schnelle Durchwinken ist entspannender. Dieses wird aber der Aufgabe des HFPA nicht gerecht, der Wünsche am finanziell Leistbarem messen muss.

Auch hier sage ich zur Wertung: Das muss anders, dass muss zwingend besser werden, sonst wird das mit dem Haushalt nicht besser und jedes Jahr die gleiche kräftezehrende Prozedur. Die Haushaltsaufstellung ist Jahr für Jahr für uns in der Kämmerei alles andere als eine lustige Angelegenheit. Denn im Hinblick auf die **finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt** sind wir gezwungen, Wünsche der Ämter abzulehnen.

An dieser Stelle bitte ein paar Gedanken zu dem was eine Kämmerei tut, was eine Kämmerei kann, was eine Kämmerei eben nicht kann und aus welchen Motiven sie handelt. Unverändert habe ich oft den Eindruck, dass viele hier im Rat in der Kämmerei die Rolle des Geldbeschaffers sehen. Politik und Ämter bestellen, die Kämmerei muss zusehen, wo sie das Geld herbekommt. So geht das nicht! Es kann doch nicht sein, dass die Kämmerei nur für die „doofen“ Sachen zuständig ist. Ich glaube vielmehr, dass sich viele in der Politik fragen müssen, was für sie der Haushalt ist. Ist es der disziplinierte Umgang mit fremdem Geld? Oder ist der Haushalt Mittel zum Zweck und das Instrument gute Taten zu vollbringen, um das jeweilige Klientel zu bedienen? Wahrscheinlich stimmt beides, aber es ist halt ein **klassischer Zielkonflikt**. Die Aufgabenverteilung, die da lautet - Politik bestellt, Kämmerei schafft das Geld herbei - entspricht zum einen nicht dem partnerschaftlichen Umgang miteinander und ich sage Ihnen ganz offen, es ist für unsere Arbeit in der Kämmerei alles andere als motivierend. Beispielsweise hatten wir ganz stark den

Eindruck gewonnen, dass die durch die Haushaltsgenehmigung 2013 ausgelösten Auflagen aus Sicht des Stadtrats wohl eher als Problem der Kämmerei und nicht der gesamten Stadt gesehen werden. Mit Verlaub: So kann es nicht gehen. Und gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung: Ich hatte das Gefühl, dass Rat und Fraktionen mit den Konsolidierungsprogrammen zum Haushalt, die im Jahre 2010 geschrieben worden sind, in ihrer Verpflichtung und ihrer Verantwortung gegenüber dem Haushalt schon mal weiter waren, als es jetzt gegen Ende der Legislaturperiode im Angesicht der bevorstehenden Wahlen der Fall ist. Lesen Sie sich ruhig diese Papiere von 2010 nochmals durch und überprüfen Sie: was wurde erreicht und was gilt noch. An vielen Stellen habe ich den Eindruck, man hat schon vergessen oder will es nicht mehr wissen, was man damals gesagt hat. Bitte haben Sie mit uns Verwaltung Geduld und Nachsicht, wenn wir nicht schnell genug erkennen können, ob und wie sich Standpunkte und Positionen im Rat geändert haben.

Im Angesicht der kommenden Wahlen sind wiederholt Stimmen zu hören, die da lauten, das mit dem Haushalt mag ja alles richtig sein, aber jetzt stehen Wahlen an und da treten die Themen Haushalt und Finanzen eher in den Hintergrund, es zählen Projekte. Hier muss ich kritisch fragen, ob dieser Haltung nicht eine zu schlichte politische Rationalität zugrunde liegt, die dem Bürger Einsicht in finanzielle Zwänge abspricht und Opportunismus unterstellt. Kann diese Annahme zutreffend sein? Im November letzten Jahres wurde in Nordrhein-Westfalen (zugegeben ein finanziell weniger reiches Bundesland in Deutschland) 1.000 Bürger zur Haushaltspolitik ihrer Stadt befragt. Untersuchungsgegenstand waren der Kenntnisstand der Bürger, ihre Meinungen über die Ursachen von Defiziten, inwieweit die Bürger von Verschuldung und Konsolidierung persönlich betroffen sind und ob sie eigene Sparvorschläge haben. Die Ergebnisse waren überraschend und stehen landläufigen Meinungen entgegen. Vier von fünf Befragten sehen die Haushaltssanierung als eine vordringliche Aufgabe an. Für fast dreiviertel der Befragten wäre das

Thema Haushaltssanierung positiv entscheidungsrelevant. Des Weiteren gab es eine Mehrheit unter den Befragten die angaben, dass bei städtischen Sparbemühungen es keine Ausnahmen geben darf. Und noch etwas war interessant: Die „Sanierungsbereiten“ interessieren sich eher für Kommunalpolitik. Sie betrachten sich selbst als stärker betroffen von Verschuldung und Konsolidierung. Ergebnis dieser Studie: Solide Haushalts- und Finanzpolitik kann doch populär sein! Welch eine Überraschung! Übrigens: Ich habe Ihnen noch gar nicht gesagt, wer diese Studie in Auftrag gegeben hat. Es war kein geringerer als die Bertelsmann-Stiftung. – Kein Unbekannter! – und stammt aus dem November 2012.

Vor welchem wirtschaftlichen Hintergrund ist der Erlanger Haushalt aufzustellen: Deutschland erreicht neue Beschäftigungshöchststände, Deutschland fährt Exporterfolge ein, und es gibt Regionen in Deutschland, die vermelden mit Arbeitslosenquoten von 3% und weniger, die sog. „Vollbeschäftigung“. Deutschland hat hier einiges erreicht, vor zehn Jahren wurden wir noch als der kranke Mann von Europa bezeichnet. Die seinerzeit von Gerhard Schröder geführte Bundesregierung hatte mit der – von einigen ungeliebten - Agenda 2010 einen Impuls für die ökonomische Trendwende ausgelöst. Der Arbeitsmarkt wurde flexibilisiert, Entlassungs- und Einstellungshürden wurden gesenkt. Über neue Beschäftigungsformen wurde ein zugegeben nicht immer schöner Druck auf Löhne ausgeübt und auch die Anreize zur Arbeitsaufnahme von Arbeitslosen wurden verstärkt. Diese Eingriffe haben, das muss klar benannt werden, zu sozialen Wechselwirkungen geführt, z. B. die Zunahme von Zeitarbeit, die aber immerhin nach Statistiken bis zu 40% zu festen Jobs führen soll. Tatsache ist jedenfalls, dass das neue Anreizsystem dazu beigetragen hat, die Zahl der Arbeitslosen um 40% zu reduzieren. Insofern muss man festhalten, die Reformen wirken. Der Altkanzler ist der letzte Regierungschef gewesen, der sich eine große Reform traute und es ist ihm gelungen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die manchmal als Gegensätze erscheinen, in eine neue Balance zu bringen.

Bei der Aufstellung des Haushalts 2014 gab es die gleichen strategischen Ziele wie in 2012 und 2013: Erstens das Investitionsvolumen hochhalten und zweitens den Saldo aus der Verwaltungstätigkeit verbessern. Unsere Ziele haben sich also nicht geändert. Bevor ich Ihnen jetzt die Zahlen im Einzelnen zeige, mache ich ein kleines Zwischenfazit. Ein guter Haushalt wäre im Ergebnishaushalt ausgeglichen oder hätte gar einen positiven Wert. Dies werden wir in 2014 nicht schaffen! Wir haben uns dies auch nicht als Ziel gesetzt, weil uns von vornherein klar war, dass es nicht zu erreichen sein wird. Im Blickwinkel bleibt – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen der Haushaltsgenehmigung 2013 - der Saldo der Verwaltungstätigkeit im Finanzhaushalt. Dieser war in 2013 zu negativ. Und nach dem im Februar verabschiedeten Finanzplan wäre der Saldo aus der Verwaltungstätigkeit in 2014 mit über 12 Mio. Euro im Minus äußerst negativ ausgefallen. Wir mussten deshalb bei den Ämterbudgets eine starke Bremsung vornehmen, ich bitte hier die betroffenen Ämter nochmals um das Verständnis, aber anders wäre das nachher zu zeigende Ergebnis nicht möglich gewesen. Und damit komme ich zu den Motiven unserer Arbeit in der Kämmerei. Ich habe Ihnen gerade unsere strategischen Ziele benannt. Wenn wir diese nicht oder schlecht erreichen, löst dies bei uns aber nicht eine Traurigkeit, Schlaflosigkeit oder Appetitlosigkeit aus. Genauso führt eine Überreichung dieser Ziele nicht zu einer Party in der Kämmerei. Es ist und bleibt der Haushalt der Erlanger Bürgerschaft, den wir treuhänderisch verwalten und in dieser Verantwortung machen wir unseren Job. Insofern ist es heute schon ein Bürgerhaushalt und nicht der Haushalt der Kämmerei oder des Finanzreferenten. Und wenn wir in der Kämmerei für einen besseren, defizitlosen Haushalt fighten, dann führt dies auch nicht zu besserer Bezahlung in Form von Gehaltserhöhung oder Leistungsprämien, sondern es folgt einzig dem Anspruch der Bürgerschaft und Ihnen im Stadtrat gegenüber, mit dem Haushalt politische Handlungsoptionen zu gewinnen. Alles was im Rahmen der Aufstellung an Verbesserungen für den allgemeinen

Haushalt erzielt wird, bedeutet einzig und allein größere Spielräume für Ihre politische Tätigkeit. Was können Sie denn mit einem Haushalt anfangen, der aus Lücken und Auflagen besteht? Um es noch mal klar zu sagen: Es sind Ihre Spielräume für die Bürgerschaft und nicht die Spielräume der Kämmerei. Insofern irritiert es uns, wenn wir bei Einsparungen in Ämterbudgets oder bei Zuschüssen bzw. bei der Frage um Konsolidierungsbeiträge der städtischen Töchter Kritik einfangen müssen „warum macht die Kämmerei denn das?“ Ja warum wohl? - frage ich Sie. Um einen besseren Haushalt zu erzielen, gibt es eine wichtige Bedingung: Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtrat! Und diese bedarf es nicht nur in den Haushaltsfragen, sondern in allen Fragen unserer Rathaus-Tätigkeit.

Jetzt aber zu den Eckdaten des Haushalts:

	<b>Haushalt 2012 <u>vorl. Ergebnis</u> in Mio. €</b>	<b>Haushaltsplan 2013 Ansatz in Mio. €</b>	<b>Haushaltentwurf 2014 Ansatz in Mio. €</b>
Gesamtbetrag Erträge	298,7	286,5	292,1
Gesamtbetrag Aufwendungen	291,2	302,4	309,7
<b>Saldo im Ergebnishaushalt</b>	<b>~ +1,4</b> (Abschreibungen geschätzt)	<b>-15,9</b>	<b>-17,6</b>
<b>Finanzsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>+21,6</b>	<b>-6,6</b>	<b>+2,5</b>
Investitionen brutto	19,6	37,9	30,8
<b>Finanzsaldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-4,8</b>	<b>-23,1</b>	<b>-16,1</b>
Finanzierungsmittelfehlbetrag oder -überschuss	+16,8	-29,7	-13,6
Netto-Neuver(+)-/Entschuldung (-) bzw. <i>Finanzierungslücke</i>	+0,6	-0,5	5,8
Steuereinnahmen (Finanz-HH)	167,1	157,4	171,4
davon Gewerbesteuer	76,1	61,6 (voraus. Ist ~ 60)	70,0
davon Einkommensteuer	59,9	62,1 (voraus. Ist ~ 64)	67,4
Schlüsselzuweisung	12,0	13,4	9,1
Bezirksumlage	27,6 (26,0%)	28,6 (25,0%)	30,3 (23,4%)
Personalaufwendungen (Ergebnis-HH)	102,6	106,2	105,7

Ganz bewusst sind die Positionen Ergebnishaushalt, Finanzsaldo Verwaltungstätigkeit, Investitionen wieder ganz weit oben benannt, und die Verschuldung etwas später. Die Beurteilung, ob der Haushalt gut oder schlecht ist, richtet sich weniger nach der Höhe neuer Schulden, sondern nach den oben genannten Kenngrößen. Übrigens: zu den Investitionen nach dem Finanzplan vom Februar diesen Jahres hätten wir einen Saldo aus der Investitionstätigkeit von – 21,6 Mio. Euro gehabt. Zusammen mit dem Saldo der Verwaltungstätigkeit hätte es dann einen Finanzierungsmittelfehlbetrag von 34 Mio. Euro ergeben. Ich glaube das sieht und erkennt jeder, so brauchen wir bei einer Haushaltsverabschiedung und Beratung gar nicht antreten. Wie Sie den Zahlen entnehmen können, haben wir im Aufstellungsverfahren beide Salden erheblich verbessert und dank der **prognostizierten einzusetzenden freien Liquidität** (s. S. 34 im Entwurf) müssen wir nicht den vollen Finanzierungsmittelfehlbetrag als Finanzierungslücke darstellen. Entscheidend wird es sein wie hoch am **Jahresende die Liquidität tatsächlich** sein wird. Bei den Investitionen muss ich Sie darauf hinweisen, dass wir auch hier einige Verschiebungen von Auszahlungen (nicht von Bauabwicklungen) von 2014 nach 2015 vorgenommen haben und vornehmen mussten, denn sonst wäre dieser Saldo in der Investitionstätigkeit nicht möglich gewesen.

In Kürze eine Übersicht über die wichtigsten Investitionsausgaben für 2014:

- Das Schulsanierungsprogramm mit knapp 5,5 Mio. Euro, u. a. die Sanierung des Albert-Schweitzer-Gymnasiums mit 2,0 Mio. Euro, der Anbau für das Ohm-Gymnasium mit 2,0 Mio. Euro, die Endphase der Sanierung CEG mit Dachausbau- und Fassadenerneuerung mit 1,3 Mio. Euro und die Planungsmittel für die MTG-Sporthalle mit 170.000 Euro.
- Schulmensen und Schulturnhalle mit 2,7 Mio. Euro u. a. die Mensen für die die Realschule Am Europakanal und für die Grundschule Ten-

nenlohe sowie der Anbau für die Adalbert-Stifter-Schule und die Schulturnhalle in Tennenlohe.

- Der Straßen- und Brückenbau einschl. Grunderwerb mit 5,8 Mio. Euro u. a. der Ausbau der Mozartstraße BA I und der Ringschluss Adenauerring.
- Der Umweltbereich mit knapp 700.000 Euro u. a. die Wiederherstellung des Röttenbachs mit 440.000 Euro.
- Die Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen mit knapp 6,6 Mio. Euro u. a. die Zuschüsse an die Freien Träger mit 3,0 Mio. Euro sowie die Krippe im Gemeindezentrum Frauenaaurach, den Krippenneubau Buckenhofer Weg, die Kindertagesstätte Hans-Sachs-Straße, die Jugendtreffs FAG-Gelände sowie der Ersatzneubau für die Lernstube Villa. Unser riesiges Engagement beim Krippenausbau in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass wir jetzt zum Jahreswechsel 2013/14 eine Versorgungsquote von stolzen 47% erreichen werden. Nächstes Jahr wollen wir noch **über die 50% kommen**. Damit werden wir unter den **bayerischen Großstädten die Nr. 1** sein und sicherlich auch unter den deutschen Großstädten einen Spitzenwert erzielen. Am Ende werden wir der Erlanger Bürgerschaft mit über 1.400 Betreuungsplätzen ein Ergebnis vorweisen können, auf das wir wahrlich alle stolz sein können.
- Der Kulturbereich mit rd. 1,8 Mio. Euro, u. a. das Gemeindezentrum Frauenaaurach mit 1,1 Mio. Euro und die Freizeitanlage Petra-Kelly-Weg mit 300.000 Euro.
- Im Sportbereich der Einstieg in die Sanierung des Freibades West mit 3,0 Mio. Euro. Soweit waren wir letztes Jahr auch schon mal. Die Idee des letzten HH-Beschlusses, dass die ESTW die Bäder anstelle der bisherigen Betriebsführerschaft komplett übernehmen und kein städtisches Geld für die Freibad-West-Sanierung zu verwenden ist, geht nicht ganz auf. Ein § 311 im Aktienrecht und die von mir so bezeich-

nete „MWSt-Falle“ stehen im Weg. Aber wir haben mit den ESTW einen Weg gefunden wie die Sanierung gestemmt werden kann. Die Stadt gibt die Investitionsmittel, die ESTW beteiligen sich durch höhere laufende Zahlungen in den Haushalt.

Insgesamt sind für Investitionen über 30 Mio. Euro Auszahlungen vorgesehen. Das ist etwas weniger als in den vergangenen beiden Jahren, schuldet aber auch der Tatsache, dass in den letzten Jahren - wie vorhin erwähnt – die hohen Ausgabeansätze gar nicht alle ausgegeben werden konnten. Den investiven Ausgaben stehen Grundstückserlöse und Staatszuweisungen von insgesamt 14,7 Mio. Euro gegenüber (in 2013 waren es 14,8 Mio. Euro); davon stammen **1,3 Mio. Euro netto aus dem Röthelheimkonto**. Aber Vorsicht: diese Quelle versiegt jetzt! In Summe ergibt sich somit ein **negativer Finanzsaldo aus der Investitionstätigkeit von 16,1 Mio. Euro** (in 2013 sind es nach dem Plan 23,1 Mio. Euro). Zusammen mit dem positiven Saldo aus der Verwaltungstätigkeit beträgt der **Finanzierungsmittelfehlbetrag** – wie erwähnt – **13,6 Mio. Euro**. Bei den Investitionen werden Sie sicherlich einige Positionen vermissen: Es wäre eine lange Liste, ich will Ihnen nur die größten Maßnahmen benennen. Es gibt keine Investitionsmittel für eine Generalsanierung des **Frankenhofs**. Es gibt keine Sanierungsmittel für das VHS-Gebäude, das **Egloffstein'sche Palais**. Es gibt keine Investitionsmittel für die Generalsanierung eines **Theaters**. Es gibt keine Investitionsmittel für den Neubau einer **Sporthalle an der Hartmannstraße**. Es gibt keine Mittel für das **Begegnungszentrum E-West** und - das wird Sie sicherlich nicht überraschen von mir - auch keine Investitionsmittel für die **Stadt-Umland-Bahn**. Ich halte das Thema StUB bei allem Reiz und auch privat als Nutzer des ÖPNV für interessant, aber nicht mit diesen Kosten – egal wie viel davon Bund und Land übernehmen. Ich halte die StUB für nett, aber unverändert viel zu teuer für die öffentlichen Haushalte. Tun wir lieber etwas mehr für den Unterhalt der bestehenden Infrastruktur. In die gleiche Richtung argumentierte übrigens in den Erlanger Nachrichten

im Juni diesen Jahres der bayerische SPD-Chef Florian Pronold als er meinte, dass für ihn „neue Vorhaben wie die StUB nicht erstrangig seien sondern Erhaltungsmaßnahmen“.

Im kommenden Jahr wird eine andere Zusammensetzung des Stadtrates über den Haushalt zu befinden haben. An diejenigen, die sich für den neuen Stadtrat bewerben und Hoffnungen machen nächstes Jahr dabei zu sein, muss ich gleich die Botschaft richten: Der Haushalt schleppt weiter einige **strukturelle Probleme** mit sich! Wir haben **keine verlässliche konstante Einnahmegrößen** bei den Steuereinnahmen, wir haben unverändert **keine und nur geringe Überschüsse im Saldo der Verwaltungstätigkeit** und ein Abbau des erheblichen **Investitionsstaus ist mittelfristig nicht in Sicht**. Übrigens: In den früheren Jahren guckte man mit etwas erhobener Nase von Erlangen aus auf die Haushalte von Nürnberg und Fürth. „Bevor wir Auflagen kriegen, müssen die Nachbarstädte erstmal einmal ihre Hausaufgaben machen“ war oft zu hören. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Nachbarstadt Fürth ihre Lektion gelernt hat. Im Haushalt 2011 schaffte Fürth im Ist eine Zuführung von Verwaltungs- an Vermögenshaushalt. Im Haushaltsjahr 2012 gelang Fürth sogar eine über den Mindestbetrag liegende Zuführung an den Vermögenshaushalt und keine neue Schulden. Und im Haushaltsplan 2013 und 2014 geht Fürth wieder von einer Zuführung an den Vermögenshaushalt aus und hat im Kernhaushalt eine Nettoneuverschuldung von 0 eingeplant. Kompliment an meine Kollegin Dr. Stefanie Ammon und dem Fürther Stadtrat. Und was macht Nürnberg? In 2011 und 2012 schaffte Nürnberg im Ist im Ergebnishaushalt einen positiven Wert und auch für 2013 und 2014 geht man von einem Überschuss im Ergebnishaushalt aus – und dies trotz der enorm hohen Verschuldung des Nürnberger Kernhaushalts. Und für 2014 plant man sogar mit einer leichten Entschuldung. Schau mal einer an!

So – wir haben unseren Job gemacht mit dem Entwurf 2014. Ich erlaube mir dazu folgende Wertungen und Erwartungen:

- der Haushalt 2014 ist **besser** als im mittelfristigen Finanzplan prognostiziert, den wir mit dem Haushalt 2013 im Februar d. J. beschlossen haben. Aber es ist **kein guter** Haushalt (Minus im Ergebnis-HH, zu geringer Überschuss im Saldo der Verwaltungstätigkeit, keine freie Finanzspanne, die Finanzierungslücke)
- er hat mit über 30,8 Mio. Euro Investitionen ein hohes Volumen und damit ist die eigene Zielsetzung der 30 Mio.-Marke erreicht
- die Auflagen für 2013 und 2014 aus der aktuellen Haushalts-Genehmigung sind erfüllt
- die Kosten der neu zu schaffenden Stellen sind – wie in den Vorjahren – noch nicht enthalten
- die Ansätze bei Steuern, Schlüsselzuweisung und Bezirksumlage sind optimistisch geschätzt
- viel hängt davon ab wie hoch der Bank- und Kassenbestand am 1.1.2014 tatsächlich ist.

Jetzt sind Sie an der Reihe und gefordert. Setzen Sie sich bitte mit unserer Arbeit und unseren Überlegungen intensiv auseinander. Ob und wie neue Kredite im Haushalt genehmigt werden (mit oder ohne Auflagen), weiß ich auch nicht. Wichtig ist jetzt, dass wir alle mehr an einem Strang ziehen. Stadtrat und Verwaltung. Weniger Energie im Gegeneinander, mehr Energie im Miteinander ist gefragt.

Ich wünsche Ihnen viel Energie und notwendige Ausdauer für die Beratungen. Letztendlich „nur“ zum Wohl der Stadt und ihrer Bürgerschaft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.